

## **Bayerischer Opferfonds: Hilfe für Eltern nach Gewaltverbrechen!**

Bayern gründet Opferfonds für Gewaltopfer, um betroffenen Familien zu helfen, nach tödlichem Messerangriff in Aschaffenburg.

**Aschaffenburg, Deutschland** - Bayern hat einen neuen Opferfonds für Gewaltverbrechen ins Leben gerufen, um den finanziell betroffenen Eltern von getöteten oder schwer verletzten Kindern zu helfen. Der Fonds wird zunächst mit einer Million Euro ausgestattet und soll bestehende Mechanismen für den Opferschutz ergänzen. Die Staatsregierung hebt hervor, dass eine finanzielle Entschädigung sowohl ein Symbol der Solidarität als auch eine wichtige Unterstützung für die Betroffenen darstellen kann. Bisher hatten vor allem Witwen und Waisen getöteter Opfer umfangreiche Entschädigungsansprüche, während Eltern in der Regel nur in Ausnahmefällen Ansprüche geltend machen konnten. Dies wird als ungerecht angesehen und der neue Fonds soll hier Abhilfe schaffen.

Der Messerangriff in Aschaffenburg, der am 22. Januar stattfand, hat einen schockierenden Hintergrund zu dieser Neuerung. Bei dem Vorfall wurden ein zwei Jahre alter Junge und ein Mann getötet, während zwei weitere Personen schwer verletzt wurden. Der Täter, ein 28-jähriger Afghane, befand sich in einer ausreisepflichtigen Situation und hatte zuvor bereits mehrfach durch Gewalttaten auf sich aufmerksam gemacht, was eine intensive Diskussion über Migrationspolitik und Sicherheitsfragen in Deutschland ausgelöst hat.

# **Psychische Gesundheit und Täterverhalten**

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) äußerte, dass sich die Frage, ob der Täter in psychiatrischer Behandlung hätte gehalten werden können, aufdrängt. Der Angreifer war bereits in psychiatrische Behandlung gewesen. Experten warnen jedoch davor, psychische Störungen als alleinige Erklärung für Gewalttaten heranzuziehen. Statistiken zeigen, dass jeder Mensch im Laufe seines Lebens eine 30-prozentige Chance hat, psychisch krank zu werden, doch die Mehrheit dieser Personen stellt keine Bedrohung für andere dar. Gewalttaten können auch durch Drogenkonsum oder extremistische Ideologien beeinflusst werden.

Die bayerische Staatsregierung plant, die Regelungen zur Unterbringung von psychisch Kranken zu überprüfen. Der Staatskanzleichef Florian Herrmann kündigte an, dass die zuständigen Ministerien sich intensiv mit dieser komplexen Thematik beschäftigen werden. Diese Fortschritte sind notwendig, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, ohne die Stigmatisierung psychisch Kranker zu fördern.

## **Herausforderungen bei der Behandlung geflüchteter Menschen**

Ein weiteres Problem wird durch die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten deutlich. Viele von ihnen haben den Wunsch nach therapeutischer Unterstützung, erhalten jedoch oft keine. Der Zugang zum Gesundheitssystem ist für Asylsuchende in der Regel auf Notfallbehandlungen beschränkt. So konnte die Organisation Refugio in München nur 37 von 236 Anfragen nach Therapieplätzen erfüllen. Die frühzeitige Behandlung psychischer Traumata ist entscheidend, um schwerere psychische Erkrankungen zu verhindern, doch die Realität sieht oft anders aus.

Ein Bericht des bayerischen Flüchtlingsrates kritisierte die

fehlende systematische Früherkennung von Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf. Parallel dazu zeigen Studien, dass über 40 % der Geflüchteten an Depressionen leiden und viele an Traumata aus ihrer Heimat oder während der Flucht leiden. Insbesondere die Situation in Aufnahmeeinrichtungen trägt zur Verschlechterung der psychischen Gesundheit bei.

## **Studien zur seelischen Gesundheit von Geflüchteten**

Empirische Daten belegen, dass die psychische Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland stark beeinträchtigt ist. Eine Metaanalyse berichtete von einer rund 30-prozentigen Prävalenz für Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) und depressive Erkrankungen. Die Lebenssituation in den Unterkünften, gepaart mit Ängsten und Ungewissheit über die Zukunft, verstärkt diese negativen Entwicklungen.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und Institutionen wie die AOK haben ebenfalls Gesundheitsindikatoren unter Flüchtlingen erfasst. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass nahezu 87 % der Geflüchteten traumatisierende Ereignisse erlebt haben und mehr als 56 % von weiteren traumatischen Erfahrungen berichten. Die Politik hat sich bislang wenig mit den dringend nötigen strukturellen Veränderungen zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung auseinandergesetzt.

Der neue Opferfonds ist somit ein kleiner, aber wichtiger Schritt, um die Schicksale der Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken, während die Herausforderungen in der psychischen Gesundheit und Versorgung von Geflüchteten weiterhin hohe Anstrengungen von Seiten der Regierung erfordert.

Details	
<b>Vorfall</b>	Messerangriff
<b>Ursache</b>	Gewalttat, psychische Erkrankung

Details	
<b>Ort</b>	Aschaffenburg, Deutschland
<b>Verletzte</b>	2
<b>Festnahmen</b>	1
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.pnp.de">www.pnp.de</a></li><li>• <a href="http://www.sueddeutsche.de">www.sueddeutsche.de</a></li><li>• <a href="http://www.baff-zentren.org">www.baff-zentren.org</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**